

Antrag nach § 90 SGB VIII auf Erlass des Kostenbeitrags in der Kindertagespflege (§§ 23 und 24 SGB VIII)

zurück an:

Landratsamt Esslingen
Kreisjugendamt
73726 Esslingen am Neckar

Erstantrag Verlängerungsantrag

Wurden für dieses Kind bereits Hilfen von einem Jugendamt gewährt?

Ja Nein

durch das Jugendamt: _____ im Zeitraum (von/bis) _____

Art der Jugendhilfeleistung: _____

1. Persönliche Verhältnisse

BITTE IN DRUCKBUCHSTABEN AUSFÜLLEN!

1.1 Kind für das Jugendhilfe beantragt wird

Name, Vorname	weiblich/männlich	Staatsangehörigkeit
Straße, Haus-Nr., PLZ, Wohnort, Stadtteil		
Geburtsdatum/-ort/-land		

1.2 Sorgerecht: Eltern Mutter Vater Sonstige

1.3 Familienstand: ledig verheiratet geschieden getrennt lebend verwitwet

	Mutter	Vater
Name, Vorname		
Straße, Haus-Nr.		
PLZ, Wohnort, Stadtteil		
Telefon-Nr.		
E-Mail		
Geburtsdatum		
Geburtsort, -land		
Staatsangehörigkeit		
Beruf		
Arbeitgeber *)		

*) Bitte Nachweis über die Erwerbstätigkeit/Schulbescheinigung/Eingliederungsvereinbarung/Arbeitsuche,... vorlegen.

BITTE IN DRUCKBUCHSTABEN AUSFÜLLEN!

1.4 Weitere Personen unter 18 Jahren im Haushalt

Name, Vorname	Geburtsdatum	Verwandtschaftsverhältnis

2. Angaben zur Tagespflegeperson

Name, Vorname	Telefon
Straße, Haus-Nr., PLZ, Wohnort	
Ort der Betreuung: <input type="checkbox"/> bei der Tagesmutter <input type="checkbox"/> in meinem / unserem Haushalt	
Ist die Tagespflegeperson im Besitz einer Erlaubnis nach § 43 SGB VIII: <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> ist/wird beantragt	

3. Beginn der Tagesbetreuung

Bitte geben Sie das Beginndatum der Tagesbetreuung an: _____
(Kostenübernahme ist erst ab dem Monat der Antragstellung möglich)

4. Begründung des Antrages

Ich bin/wir sind aus nachstehenden Gründen an der Betreuung des Kindes verhindert:

<u>Art:</u>	<u>Umfang:</u>
<input type="checkbox"/> Erwerbstätigkeit	
<input type="checkbox"/> Schule	
<input type="checkbox"/> Berufsausbildung	
<input type="checkbox"/> Studium	
<input type="checkbox"/> Umschulung	
<input type="checkbox"/> Arbeitssuche	
<input type="checkbox"/> Krankheit	
<input type="checkbox"/> Sonstige:	

5. Bei Bezug von nachfolgenden Leistungen müssen unter Punkt 6 keine Angaben gemacht werden:

Ich beziehe **Arbeitslosengeld – II** / Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach SGB II

Ja (bitte den aktuellen Arbeitslosengeld-II-Bescheid vorlegen, sowie einen Nachweis über die Erwerbstätigkeit/Schulbescheinigung/Eingliederungsvereinbarung/Arbeitsuche...)

Ich beziehe **Sozialhilfe und/oder Grundsicherung** nach dem 3. und 4. Kapitel SGB XII

Ja (bitte den aktuellen Bewilligungsbescheid vorlegen)

Ich beziehe Leistungen nach §§ 2 und 3 des **Asylbewerberleistungsgesetzes**

Ja (bitte den aktuellen Leistungsbescheid vorlegen, sowie einen Nachweis über den Deutschkursbesuch/Schulbescheinigung/Arbeitsuche...)

Ich beziehe **Kinderzuschlag** nach § 6a Bundeskindergeldgesetz

Ja (bitte den aktuellen Bescheid vorlegen, sowie einen Nachweis über die Erwerbstätigkeit /Schulbescheinigung/Eingliederungsvereinbarung/Arbeitsuche...)

Ich beziehe **Wohngeld** nach dem Wohngeldgesetz

Ja (bitte den aktuellen Bewilligungsbescheid vorlegen, sowie einen Nachweis über die Erwerbstätigkeit/Schulbescheinigung/Arbeitsuche...)

6. Wirtschaftliche Verhältnisse der Antragsteller(in) und des Kindes
(bitte entsprechende Nachweise beifügen)

6.1 Familieneinkommen

	Mutter Betrag mtl.	Vater Betrag mtl.	Kind Betrag mtl.
Gehalt/Lohn/Dienstbezüge			
Bezüge aus selbstständiger Tätigkeit			
Renten/Pensionen			
Arbeitslosengeld/Eingliederungshilfe/Sozialhilfe			
BAföG/BAB			
Waisenrente			
Kindergeld/Kinderzuschlag			
Unterhalt			
Unterhaltsvorschuss nach UVG			
Wohngeld			
Einkünfte aus Vermietung/Verpachtung			
Einkünfte aus Kapitalvermögen			
Sonstiges:			

6.2 Ausgaben

	Mutter Betrag mtl.	Vater Betrag mtl.
Arbeitsmittel		
Fahrten zwischen Wohnung – Arbeitsstätte (einfache Strecke)		
Beträge zu Berufsverbänden		
Hausratversicherung		
Privathaftpflichtversicherung		
Kranken- und Pflegeversicherung		
Unfallversicherung		
Anlagen zur Altersvorsorge		
Besondere Belastungen (z.B. Schuldverpflichtungen)		
Unterhalt		
Miete		
Mietnebenkosten (Wasser, Heizung, Strom, Müll, Gas)		
Sonstiges:		

Hinweise:

Für die Berücksichtigung Ihrer Angaben bitten wir entsprechende Nachweise beizufügen (Kontoauszüge können nicht berücksichtigt werden).

Lohnnachweise sind über einen Zeitraum von 12 Monaten einzureichen!!!!

Bei Bezug von Leistungen, die unter Punkt 5 genannt sind, ist nur der Bewilligungsbescheid mit Berechnungsbogen einzureichen. Sofern Sie ergänzende Leistungen bekommen, ist ein Arbeitsvertrag beizufügen.

Information zum Datenschutz:

Mit diesem Antragsformular erheben wir personenbezogene Daten, die Sie und Ihr Kind betreffen. Daher möchten wir Sie über einige Punkte informieren.

Die Daten werden durch das Landratsamt Esslingen erhoben.

Anschrift: Landratsamt Esslingen, 73726 Esslingen am Neckar
Telefon: 0711 3902-0
E-Mail: LRA@LRA-ES.de

Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten des Landratsamtes unter denselben Kontaktdaten oder per E-Mail an: datenschutz@LRA-ES.de

Die personenbezogenen Daten werden für die folgenden Zwecke verarbeitet:

Entscheidung über den Antrag auf Gewährung von Leistungen nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII).

Die Datenverarbeitung erfolgt auf der Grundlage von §§ 60 ff. Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I).

Die personenbezogenen Daten werden für die Dauer des Bezugs von Leistungen nach dem SGB VIII und längstens bis zu zehn Jahren nach Ablauf des Jahres des letzten Leistungsbezugs gespeichert.

Ihnen stehen folgende Rechte zu:

- Auskunftsrecht über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).
- Recht auf Datenberichtigung, sofern Ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO).
- Recht auf Löschung der zu Ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.
- Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Ihren Rechtsansprüchen benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des Landratsamtes gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.
- Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das Ihre Interessen überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten unrechtmäßig ist, können Sie sich mit einer Beschwerde an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit wenden:

Königstraße 10 a, 70173 Stuttgart, Postfach 10 29 32, 70025 Stuttgart, Tel.: 0711/615541-0,
Fax: 0711/615541-15, E-Mail: poststelle@ldi.bwl.de.

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist gesetzlich vorgeschrieben. Sie sind verpflichtet, die personenbezogenen Daten bereitzustellen. Die Nichtbereitstellung hat zur Folge, dass der Anspruch auf Leistungen nach dem SGB VIII nicht geprüft werden kann und der Antrag deshalb abzulehnen ist.

Erklärung der Antragsteller:

Ich versichere/Wir versichern, dass meine/unsere Angaben richtig und vollständig sind. Ich verpflichte mich/wir verpflichten uns, dem Kreisjugendamt alle Änderungen, die für die Leistungsgewährung nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) von Bedeutung sind, unverzüglich mitzuteilen. Falls es zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist, bin ich/sind wir damit einverstanden, dass Angaben/Unterlagen an andere Sozialleistungsträger, an sonstige für die Hilfestellung notwendige Fachstellen sowie an Kostenerstattungsträger weitergeleitet werden und dass notwendige Informationen bei anderen Sozialleistungsträgern eingeholt werden.

Ich bin/wir sind darüber informiert, dass ich/wir das Kostenrisiko tragen, bis eine Kostenzusage (Jugendhilfebescheid) des Kreisjugendamtes vorliegt.
Ferner ist mir/uns bekannt, dass die Übernahme der Tagesbetreuungskosten grundsätzlich erst ab dem Monat des Antragseingangs erfolgt.

Die Informationen zum Datenschutz habe ich/haben wir erhalten.

Ort, Datum

Unterschrift der/des gesetzlichen Vertreterin/Vertreters; bei gemeinsamen Sorgerecht **beide** gesetzlichen Vertreter, bei alleinigem Sorgerecht: bitte Sorgerechtsnachweis vorlegen

Wenn die Tagespflege über die Modellgemeinde gewährt wird, erhält diese eine Abschrift des jeweiligen Bescheides.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreisjugendamtes gerne zur Verfügung.